

Staatlichkeit ohne Befreiung: Europas Reaktion auf den Völkermord

Inès Abdel Razek, Yara Hawari, Diana Buttu, shabaka.org, 14.08.25

Einleitung

Seit Oktober 2023 hat der israelische Angriff auf Gaza zu einer der katastrophalsten humanitären Krisen der jüngeren Geschichte geführt – einem sich vollziehenden Völkermord, der von den Weltmächten ermöglicht wird und trotz der weltweiten Solidarität, die er ausgelöst hat, unvermindert weitergeht. Neben unerbittlichen Bombardements und Massenvertreibungen treibt das israelische Regime eine gezielte Kampagne der Hungersnot voran.

Schlimmer noch, symbolische Gesten wie die Anerkennung werden oft als mutige Akte moralischer Courage dargestellt, obwohl sie in Wirklichkeit als diplomatische Tarnung dienen. Selbst pro-israelische Lobbyisten haben eingeräumt, dass solche Schritte nichts an der Realität vor Ort ändern. Stattdessen ermöglichen sie es Staaten, sich engagiert zu zeigen, während sie sich ihren rechtlichen Verpflichtungen zur Verhängung von Sanktionen gegen den Staat Israel entziehen.

Die *Integrated Food Security Phase Classification* hat bestätigt, dass in Gaza bereits die „Schwelle zur Hungersnot“ überschritten wurde, wobei weit verbreiteter Hunger, Unterernährung und Krankheiten zu einem starken Anstieg vermeidbarer Todesfälle führen. Diese Zustände sind kein Zufall, sondern sind Ausdruck einer koordinierten israelischen Politik, die darauf abzielt, Palästinenser zu töten, zu vertreiben und zu vernichten.

Als Reaktion auf diese vom Staat Israel verursachte Katastrophe haben mehrere europäische Staaten beschlossen, den Staat Palästina anzuerkennen oder ihre Absicht dazu zu signalisieren.

Zuletzt kündigte Frankreich das Vorhaben an, einen palästinensischen Staat bei der UN-Generalversammlung im September anzuerkennen. Großbritannien hat erklärt, dass es diesem Beispiel folgen werde, sofern die israelische Regierung sich nicht an einen Waffenstillstand hält und sich zu einer Zwei-Staaten-Lösung bekennt.

Die jüngste Welle symbolischer Anerkennungen, die 2024 begann, scheint nun der einzige Schritt zu sein, den viele europäische Mächte angesichts des Völkermords zu unternehmen bereit sind. Fast zwei Jahre lang hatten sie zuvor das israelische Regime moralisch, materiell und diplomatisch unterstützt und diesem nahezu vollständige Straffreiheit gewährt.

In diesem Gespräch am runden Tisch mit den *Al Shabaka*-Politikanalytistinnen Diana Buttu, Inès Abdel Razek und der Co-Direktorin von *Al Shabaka*, Yara Hawari, fragen sie: Warum gerade jetzt? Welche politischen oder strategischen Interessen treiben diese Welle der Anerkennung voran? Und was bedeutet es, einen palästinensischen Staat auf dem Papier anzuerkennen, während die Strukturen der Besatzung, der Apartheid und des genozidalen Regimes, das dies alles aufrechterhält, intakt bleiben?

Ist die Anerkennung eines palästinensischen Staates ein bedeutsamer Schritt nach vorne?

Diana Buttu

Es ist wichtig, die aktuelle Welle der Anerkennungen in einen historischen Zusammenhang zu stellen. Der Vorstoß zur Anerkennung eines palästinensischen Staates begann nicht erst 2024 als Reaktion auf einen Völkermord, sondern geht auf das Jahr 2011 zurück.

Nach dem israelischen Angriff auf Gaza 2008/09 stand die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) politisch mit leeren Händen da. Angesichts des Zusammenbruchs des auf Verhandlungen basierenden Zwei-Staaten-Modells und ohne Aussicht auf einen Friedensprozess wandte sich Präsident Mahmoud Abbas der internationalen Bühne zu.

Da Abbas keine tragfähige Strategie hatte, startete er die Anerkennungskampagne mit zwei Zielen: die PA zu stützen, deren Rolle als Übergangsorgan längst abgelaufen war, und politische Bedeutung zu demonstrieren. Die PA, die als Sicherheitsunternehmer für das israelische Regime bloßgestellt worden war, brauchte dringend Legitimität. Gleichzeitig bot die Kampagne den europäischen Staaten eine Möglichkeit, eine Konfrontation mit dem Staat Israel zu vermeiden –was Maßnahmen wie Sanktionen oder Embargos verlangt hätte.

Dieses Muster tauchte 2024 erneut auf, als Irland, Spanien, Norwegen, Slowenien und zuletzt Frankreich und Großbritannien als Reaktion auf den anhaltenden Völkermord ihre Anerkennung aussprachen. Die Strategie dient sowohl der PA als auch den europäischen Staaten: Sie stützt eine in Misskredit geratene Autorität und bietet den westlichen Mächten gleichzeitig ein bequemes Mittel, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Das Ergebnis ist politisches Theater. Die Annahme, dass die Anerkennung internationale Maßnahmen nach sich ziehen wird, ist unbegründet. Wenn die Welt nicht eingreift, um einen Völkermord zu stoppen, warum sollte sie dann handeln, nur weil ein UN-Mitgliedstaat einen anderen besetzt?

Inès Abdel Razek

Was wir in der jüngsten Welle europäischer Anerkennungen beobachten, ist keine Unterstützung für die Selbstbestimmung der Palästinenser, sondern eine politische Förderung der PA.

Norwegen beispielsweise konzentrierte seine Anerkennung auf die PA und ihre institutionelle Infrastruktur. Diese Umdeutung untergräbt die Selbstbestimmung der Palästinenser und erfüllt nicht einmal die grundlegendsten rechtlichen Kriterien für eine Staatlichkeit. Schließlich übt die PA keine Kontrolle über Grenzen, Luftraum, natürliche Ressourcen oder Territorium aus – dies hat der Staat Israel in der Hand. Die Anerkennung Norwegens wurde daher auf eine politische Einheit ausgedehnt, die unter israelischer Kontrolle steht und weder über Souveränität noch über demokratische Legitimität verfügt.

Schlimmer noch, symbolische Gesten wie die Anerkennung werden oft als mutige Akte moralischer Courage dargestellt, obwohl sie in Wirklichkeit als diplomatische Tarnung dienen. Selbst pro-israelische Lobbyisten haben eingeräumt, dass solche Schritte nichts an der Realität vor Ort ändern. Stattdessen ermöglichen sie es Staaten, sich engagiert zu zeigen, während sie sich ihren rechtlichen Verpflichtungen zur Verhängung von Sanktionen gegen den Staat Israel entziehen.

All dies steht im Einklang mit der umfassenderen israelischen Strategie: zerstören, enteignen und dann die Palästinenser dazu zwingen, unter den von der Besatzungsmacht diktierten Bedingungen über Krümel zu verhandeln. Von den Osloer Verträgen der 1990er Jahre bis hin zu den heutigen „humanitären“ Mechanismen im Gazastreifen hat das israelische Regime konsequent darauf hingearbeitet, die Agenda zu kontrollieren. Die symbolische Anerkennung eines palästinensischen Staates dient nur dazu, diese Manipulation zu belohnen. Die Empörung, die US-amerikanische und israelische Regierungsvertreter über die Anerkennung eines palästinensischen Staates zum Ausdruck bringen, ist eindeutig reine Show.

In diesem Zusammenhang wird der Völkermord in Gaza nicht mit Konsequenzen, sondern mit Zeremonien beantwortet. Die PA klammert sich an Optik, westliche Staaten begrüßen symbolische Gesten, während den Palästinensern weder Gerechtigkeit noch Staatlichkeit zuteil wird, sie erleben nur eine sich vergrößernde Kluft zwischen gelebter Wirklichkeit und internationaler Umsetzung.

Yara Hawari

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, was tatsächlich anerkannt wird, wenn Staaten ihre Unterstützung für den „Staat Palästina“ erklären. Es handelt sich dabei nicht um eine Anerkennung der Souveränität, sondern um eine diplomatische Fiktion. Im Kern bestätigt sie ein Konzept der kolonialen Teilung: die Fragmentierung des historischen Palästina in geografische und politische Enklaven.

Diese Art der Anerkennung ist nicht nur wirkungslos, sondern auch gefährlich.

Sie festigt einen engeres Konzept der Aufteilung, das „Palästina“ auf die Westbank und den Gazastreifen reduziert und das palästinensische Volk auf weniger als die Hälfte dessen beschränkt, was wir sind. Für europäische Staaten dient die Anerkennung als Ablenkung von ihrer Mitschuld. Diese

Erklärungen gehen meist nicht mit Sanktionen, Waffenembargos oder materiellen Verpflichtungen zur Beendigung der Besatzung oder Apartheid einher. Stattdessen fungieren sie als symbolische Gesten im rechtlichen Bereich und schützen den Staat Israel gleichzeitig vor der Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und systematische Verstöße.

Die Behauptung, dass die Anerkennung Zugang zu internationalen Foren gewähre und dazu beitragen könne, die diplomatischen Bedingungen zu ebnen, ist sowohl naiv als auch irreführend. Staaten sind in der globalen Ordnung nicht gleichberechtigt. Die USA sorgen mit ihrem Vetorecht dafür, dass der Staat Israel niemals zur Rechenschaft gezogen wird. Und als wichtigster Verbündeter des Staates Israel garantieren sie, dass die Palästinenser niemals aus einer Position der Gleichberechtigung heraus verhandeln können.

Und genau das ist das Problem: Wir sind kein souveräner Staat. Wir sind ein kolonisiertes, belagertes und besetztes Volk, das in Gaza mit Völkermord konfrontiert ist. Jedes ernsthafte politische Engagement muss von dieser Tatsache ausgehen, nicht von der Illusion eines Staates, der nicht existiert. Anstatt den Völkermord und die erzwungene Hungersnot zu stoppen – die zum großen Teil von genau den Staaten begünstigt werden, die die Anerkennung anbieten –, wird uns gesagt, wir sollten uns auf eine Fantasie von Staatlichkeit konzentrieren, die niemand bereit ist, zu verwirklichen. Diese Diskrepanz spricht Bände.

Was sagt die jüngste Welle der Anerkennung palästinensischer Staaten darüber aus, wie Staaten mit ihren rechtlichen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht umgehen?

Inès Abdel Razek

Die meisten Regierungen agieren weiterhin innerhalb des veralteten Rahmens des sogenannten Nahost-Friedensprozesses. Dieser Rahmen dominiert nach wie vor die Diskussion über Palästina und prägt fast alle politischen Entscheidungen, die heute getroffen werden. Wir haben dies beispielsweise bei der Zwei-Staaten-Konferenz gesehen, die Ende Juli von Saudi-Arabien und Frankreich gemeinsam bei den Vereinten Nationen in New York veranstaltet wurde. ¹ Die gesamte Veranstaltung war von der Vorstellung geprägt, dass es „zwei Konfliktparteien“ gebe. Diese Sichtweise ist nach wie vor weit verbreitet, wie die jüngsten Äußerungen von UN-Generalsekretär Antonio Guterres zeigen, wonach die einzige tragfähige Lösung weiterhin die Zwei-Staaten-Lösung sei, „bei der Israel und Palästina in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben“. ² Diese Formulierung behandelt die Situation als einen Streit zwischen Gleichberechtigten und verschleiern die Tatsache der Besatzung, der Apartheid und der einseitigen Aggression.

Es gibt keinen Hinweis auf Kolonisatoren und Kolonisierte. Keine Anerkennung der Wirklichkeit mit einem Angreifer und einem angegriffenen Volk. Keine Anerkennung von Besatzung oder Apartheid. Diese falsche Gleichsetzung ist nicht nur irreführend – sie ist eine gefährliche politische Falle.

Das Paradigma des Friedensprozesses muss durchbrochen werden, und es gibt bereits rechtliche Klarheit darüber, was Staaten stattdessen tun sollten. Der Internationale Gerichtshof (IGH) weist sowohl in seinem Gutachten von 2004 als auch in dem von 2024 auf einen rechtlichen Rahmen der Rechenschaftspflicht hin, der eine Alternative zum politischen Stillstand des Zwei-Staaten-Modells bietet. 3

Tatsächlich sehen die Rechtsgutachten des IGH die internationale Gemeinschaft in der Pflicht, zu handeln und nicht nur zu vermitteln. Dennoch bleiben die Weltmächte in der Komfortzone der sogenannten Neutralität und falschen Symmetrie, schützen den Staat Israel vor Konsequenzen und entziehen sich der Rechenschaftspflicht. Solange die „Beide-Seiten“-Geschichte fortbesteht, wird sich die Straflosigkeit des Staates Israel weiter verschärfen und der Völkermord nur noch eskalieren.

Diana Buttu

Besonders beunruhigend ist, dass selbst diese symbolische Anerkennung in der Logik bilateraler Verhandlungen gefangen bleibt. Sie basiert nach wie vor auf der Vorstellung, dass die Palästinenser jeden Aspekt ihrer Freiheit aushandeln müssten, als ob Befreiung immer an Bedingungen geknüpft, schrittweise und durch ihre Kolonialherren vermittelt sein müsse. Das ist die Logik, in der wir nach wie vor gefangen sind. Genauso hat insbesondere Europa versucht, sich einer tiefergehenden Verantwortung zu entziehen. Die europäischen Regierungen verhalten sich weiterhin so, als seien sie neutrale Beobachter, als seien ihnen die Hände gebunden. Aber sie sind nicht neutral. Sie sind Dritte, die nach internationalem Recht verpflichtet sind, die Besatzung als solche benennen, nicht zu ihrer Fortsetzung beizutragen und auf ihre Beendigung hinzuarbeiten. Diese Verpflichtungen ignorieren sie jedoch bewusst.4

Yara Hawari

Ich würde es vorziehen, wenn Staaten den Völkermord zugeben würden, anstatt einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Nach dem Völkerrecht bringt die Anerkennung eines Völkermords klare Verpflichtungen mit sich: Staaten müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihn zu verhindern und zu stoppen. Ich mache mir keine Illusionen, dass sie diese Verpflichtungen erfüllen würden, aber zumindest gibt es einen rechtlichen Rahmen, und der Druck, den er erzeugt, ist real.

5

Sich stattdessen auf die Anerkennung eines palästinensischen Staates zu konzentrieren, entlastet die Staaten auf bequeme Weise. Es ermöglicht ihnen, sich ihrer rechtlichen Verantwortung gemäß der Völkermordkonvention und dem humanitären Völkerrecht zu entziehen. Es erweckt den Anschein von Handeln, ohne dass bedeutende Konsequenzen zu tragen sind.6

Nutzt Europa die Anerkennung eines palästinensischen Staates, um die arabisch-israelische Normalisierung voranzutreiben?

Yara Hawari

In letzter Zeit ist eine neue Darstellung aufgekommen: Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch Europa könne als Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Staat Israel dienen. Auf dieser Grundlage geht es bei der Anerkennung nicht um palästinensische Rechte oder Gerechtigkeit, sondern sie dient vielmehr als Verhandlungsmasse in der regionalen Geopolitik. Die Idee ist einfach: Je mehr europäische Staaten Palästina anerkennen, desto leichter wird es für Saudi-Arabien, die Normalisierung der Beziehungen zum Staat Israel zu rechtfertigen.⁷

Es handelt sich um eine zutiefst transaktionale Logik und einen billigen Kompromiss. Wie wir bereits diskutiert haben, ist die Anerkennung bestenfalls symbolisch. Sie bietet den Palästinensern keine Garantien für den Stopp des Völkermords, die Beendigung der Besatzung oder die Verwirklichung ihrer unveräußerlichen Rechte. Aber für den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman bietet die Anerkennung eine bequeme politische Deckung für etwas, das er seit langem anstrebt: normalisierte Beziehungen zum Staat Israel.

Das macht diesen Aspekt so gefährlich. Die Anti-Normalisierung – einst eine prinzipielle regionale Haltung, die auf dem Verständnis beruhte, dass der Staat Israel ein Siedlerkolonialregime ist, das auf der Enteignung der Palästinenser basiert – wurde auf staatlicher Ebene fast vollständig aufgegeben. An ihre Stelle ist ein Belohnungssystem getreten: Wer sich mit dem Staat Israel normalisiert, erhält militärische, wirtschaftliche oder diplomatische Anreize, insbesondere von den USA.

Die Abraham-Abkommen haben diese Logik deutlich gemacht. Es handelte sich dabei nicht um ideologische Neuausrichtungen, sondern um transaktionale Vereinbarungen. Trotzdem bleibt die Stimmung in der Bevölkerung in der gesamten Region stark pro-palästinensisch und gegen eine Normalisierung gerichtet. Die Regierungen bewegen sich jedoch weiterhin in die entgegengesetzte Richtung.

Was wir derzeit beobachten, ist, dass die Anerkennung nicht als Instrument der Gerechtigkeit, sondern als politischer Deckmantel genutzt wird. Die Anerkennung durch Europa gibt arabischen Regimes, insbesondere Saudi-Arabien, den Vorwand, den sie brauchen, um ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren, während die Palästinenser weiterhin mit Völkermord, Hunger und Besatzung konfrontiert sind.

Diana Buttu

Das Bemerkenswerte an der Normalisierung ist, dass die Israelis ihr gegenüber weitgehend gleichgültig sind. Sie ist nicht einmal mehr Teil der öffentlichen Debatte. Selbst während der Normalisie-

rungsabkommen von 2020 im Zusammenhang mit den Abraham-Abkommen hat sie in der israelischen Öffentlichkeit kaum Wellen geschlagen. Es gab keine Begeisterung, keine große Debatte.

Schließlich haben diese Abkommen zu keiner echten Annäherung zwischen den Menschen geführt. In der Bevölkerung sind sie gescheitert. Und was die Vorteile für die Unterzeichnerstaaten angeht, so haben sie außer Sicherheitsverträgen und Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste, was wahrscheinlich von Anfang an das Hauptziel war, wenig gebracht.

In Wirklichkeit hat die Nachricht von einer möglichen Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien für die israelische Öffentlichkeit kaum Bedeutung. Es ist ihnen einfach egal. Je mehr der saudische Kronprinz und die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine Normalisierung drängen – die nun mit der Anerkennung eines palästinensischen Staates verbunden ist –, desto mehr scheint sie sich von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung zu entfernen. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Israelis solche Schritte ablehnt, nicht aus Solidarität mit den Palästinensern, sondern weil ihnen die Normalisierung nichts bringt. Viele Israelis können nicht einmal fünf arabische Länder nennen, geschweige denn Interesse an der Region bekunden. Ihre kulturelle und politische Ausrichtung ist seit langem auf Europa gerichtet, nicht auf die arabische Welt.

Tatsächlich stehen wir vor einem seltsamen Paradoxon. Regionale und westliche Staats- und Regierungschefs fördern eifrig die Anerkennung und Normalisierung, als ob diese Schritte etwas Grundlegendes ändern würden, doch vor Ort – sowohl für Palästinenser als auch für Israelis – bedeuten sie nur sehr wenig. Insbesondere für Premierminister Benjamin Netanjahu und seine Anhänger sind sie irrelevant.

Und damit sind wir wieder beim Kernpunkt angelangt: Bei der Anerkennung eines palästinensischen Staates geht es nicht um echte Lösungen oder bedeutende Veränderungen. Es geht um Optik, um eine symbolische Handlung, die Dringlichkeit signalisiert, aber so gut wie nichts unternimmt, um einen Völkermord zu stoppen.

Inès Abdel Razek

Aus der Perspektive der arabischen Staaten, insbesondere derjenigen, die mit einer Normalisierung liebäugeln, wird es immer schwieriger, Untätigkeit zu rechtfertigen. Die koloniale Expansion des Staates Israel beschränkt sich nicht auf Palästina. Seine Besatzungstruppen intensivieren ihre Militärkampagnen im Libanon – wo sie Teile des Südens besetzt halten – und setzen gleichzeitig ihre Operationen und ihre Verschanzung in Syrien fort.

Die Annexion der Golanhöhen wurde stetig normalisiert, wobei die Grenzen der Straffreiheit immer weiter verschoben wurden. Die Situation ist für die arabischen Regime zunehmend unangenehm und stört die regionale Dynamik, reicht jedoch offensichtlich nicht aus, um bedeutende Konsequenzen nach sich zu ziehen.

Wir sind weit entfernt von den Reaktionen, die während des Oktoberkrieges 1973 zu beobachten waren, als Ägypten und Syrien eine koordinierte Militäraktion starteten, um besetzte Gebiete zurückzuerobern, und arabische Regime als Protest gegen die Unterstützung des Staates Israel durch die USA und ihre Verbündeten ein Ölembargo verhängten. Dieser Moment kollektiven Drucks scheint heute nur noch eine ferne Erinnerung zu sein. Heute gibt es wenig Bereitschaft zur Konfrontation – nur symbolische Gesten und ausweichende Diplomatie. 8

All dies geschieht, während der Staat Israel seine Strategie der verbrannten Erde fortsetzt, alles in seinem Weg zerstört, Land annektiert und die Palästinenser an den Rand des Überlebens drängt. In diesem Zusammenhang wird selbst der kleinste Schritt, wie die Einreise eines einzigen Hilfs-LKWs nach Gaza, als Durchbruch und wohlwollende Geste dargestellt, die angeblich einen besseren Weg in die Zukunft signalisiert. Die arabischen Regime haben sich dieser Logik angeschlossen.

Genauso wie frühere Rahmenwerke wie „wirtschaftlicher Frieden“ und „Wiederaufbau des Gazastreifens“ es dem israelischen Regime ermöglichten, seine Militäraktionen auszuführen, in dem Wissen, dass internationale Geber die Folgen finanzieren würden, wird heute die Lieferung von Grundbedarfsgütern wie Mehl und Treibstoff als strategische Intervention ausgegeben.

Warum bleibt die Zwei-Staaten-Lösung das Standardmodell für die Selbstbestimmung der Palästinenser – und was wäre nötig, um darüber hinauszugehen?

Yara Hawari

Ein Teil der Antwort liegt in der Tatsache, dass die Führung, die diese Strategie vorantreibt – das Zwei-Staaten-Modell, die Anerkennung und die Teilung –, kein gewähltes oder vom Volk übertragenes Mandat hat. Diese Führung hat keine echte Legitimität unter den Palästinensern und repräsentiert uns in keinem sinnvollen demokratischen Sinne. Deshalb ist es so wichtig – gerade in diesem Moment –, dass wir uns fragen: Was bedeutet Souveränität jenseits der Logik der Teilung und kolonialen Fragmentierung? Wie sieht Selbstbestimmung aus, wenn wir die Grenzen der sogenannten „Machbarkeit“ ablehnen?

Uns wird immer wieder gesagt, dass die palästinensische Staatlichkeit und die internationale Anerkennung die einzigen gangbaren Wege nach vorne seien. Doch das eine bleibt für immer unerreichbar, und das andere ist kaum mehr als diplomatische Lippenbekenntnisse. Diese Rahmenbedingungen befreien uns nicht, sie halten uns zurück, schmälern uns und formulieren unseren Kampf neu in Begriffen, die für diejenigen akzeptabel sind, die daran interessiert sind, den Status quo aufrechtzuerhalten, anstatt Gerechtigkeit zu erreichen.

Natürlich ist es schwierig, solche Gespräche inmitten eines Völkermords zu führen. In vielerlei Hinsicht fühlt es sich wie ein Privileg an, über politische Perspektiven zu debattieren, während die

Menschen in Gaza in Echtzeit bombardiert, ausgehungert und ausgerottet werden. Aber ich denke auch, dass genau das die Debatten noch dringlicher macht.

Als Palästinenser ist es unsere Verantwortung, diese Fragen zu stellen und sie direkt an unsere sogenannte Führung zu richten. Unsere Souveränität kann und darf nicht durch Rahmenbedingungen definiert werden, die auf unserer Zersplitterung beruhen. Wir müssen uns etwas Besseres vorstellen – denn was uns angeboten wird, ist keine Befreiung. Es ist Eindämmung.

Inès Abdel Razek

Wir müssen auch anerkennen, dass viele westliche Regierungen den Staat Israel weiterhin als einen Akteur guten Willens innerhalb des Zwei-Staaten-Modells behandeln und ihm trotz überwältigender Beweise für das Gegenteil immer wieder einen Vertrauensbonus einräumen.

Tatsächlich wird der Staat Israel weiterhin als glaubwürdiger und maßgeblicher Akteur behandelt, obwohl Täuschung seit langem ein Kernelement seiner diplomatischen und militärischen Strategie ist. Ob es darum geht, die Ermordung von Shireen Abu Akleh zu vertuschen, die Bombardierung von Krankenhäusern zu rechtfertigen oder die Glaubwürdigkeit der UNRWA anzugreifen – das israelische Regime stützt sich konsequent auf falsche Darstellungen, um sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen. Dieses Muster ist sowohl systematisch als auch bewusst.⁹

Dennoch akzeptieren viele westliche Staaten diese Darstellungsweisen ohne Weiteres. Sie erhalten oft offizielle israelische Dokumente auf Hebräisch, einer Sprache, die nur wenige in ihren Außenministerien lesen können, doch diese Briefings werden unkritisch akzeptiert und als glaubwürdig angesehen. Dies ist nicht nur politische Voreingenommenheit, sondern spiegelt eine tiefere, oft rassistisch geprägte Weltanschauung wider: Der Staat Israel wird als modern, rational und glaubwürdig wahrgenommen. Palästinenser hingegen werden als irrational, verdächtig oder entbehrlich angesehen.

Solange diese Logik nicht grundlegend aufgebrochen wird, wird sich nichts ändern. Solange das israelische Regime als in gutem Glauben handelnd angesehen wird, wird es keine ernsthafte Rechenschaftspflicht geben. Und solange die internationale Gemeinschaft die israelischen Verhaltensmuster der Täuschung und kolonialen Expansion nicht konfrontiert, wird Gerechtigkeit für die Palästinenser – und die Anerkennung ihres Rechts auf Existenz und Widerstand – unerreichbar bleiben.

Diana Buttu

Ich erinnere mich, dass wir während der Verhandlungen nach Oslo oft gefragt haben: Warum beschränken wir unsere Vision von Befreiung auf einen Staat, der nur 22 % unseres historischen Heimatlandes umfasst – einen Staat, der die Mehrheit der Palästinenser ausschließt und keinen wirklichen Weg für eine Rückkehr bietet?

Die Antwort, die wir damals wie heute erhielten, lautete, dass die Siedlungen ein Krebsgeschwür seien. Das war das Wort: Krebsgeschwür. Die Logik dahinter war, dass wir, um dieses Krebsgeschwür zu stoppen, einen Prozess – irgendeinen Prozess – brauchten, der die Ausbreitung der Siedlungen stoppen, die Kolonisierung verlangsamen und die Möglichkeit eines Staates bewahren könnte.

Diese Logik durchdringt heute die Debatte um die Anerkennung. Diplomaten betonen, dass die Anerkennung eines palästinensischen Staates dringend notwendig sei, weil sie dazu beitragen könne, das Krebsgeschwür zu stoppen. Die Anerkennung, so argumentieren sie, könne die Annexion stoppen, eine politische rote Linie ziehen oder zumindest die Ausweitung der Siedlungen einfrieren.

Aber wir wissen, dass dies nicht stimmt. Die Anerkennung hat den Krebs nicht gestoppt. Es handelt sich um eine einmalige symbolische Geste, die politisches Kapital verbraucht, ohne das Kräfteverhältnis zu verändern. Am Ende geht der Staat Israel mit größerer Legitimität davon, nicht mit weniger.

Die palästinensische Führung hätte einen anderen Weg wählen können. Sie hätte eine ernsthafte, nachhaltige Kampagne starten können, um das israelische Regime zur Rechenschaft zu ziehen, indem sie auf Sanktionen, Waffenembargos und rechtliche Mechanismen drängt.

Ja, der PA fehlt es an jeglicher Legitimität durch Wahlen, aber das bedeutet nicht, dass sie keine Handlungsfähigkeit besitzt. Die Führung der PA hätte um ihr Überleben kämpfen können, anstatt sich zu ergeben. Stattdessen hat sie sich dafür entschieden, das Streben nach Gerechtigkeit zu ignorieren – und manchmal sogar zu sabotieren.

Das ist der Kern des Problems: Wenn inmitten eines Völkermords die höchste politische Forderung lautet „Bitte erkennt uns an“, wie kann man dann später zurückkommen und Sanktionen oder Gerechtigkeit fordern? Indem man symbolische Anerkennung als ausreichend akzeptiert, untergräbt man die Glaubwürdigkeit künftiger Forderungen nach echter Rechenschaftspflicht.

Yara Hawari

Yara Hawari ist Co-Direktorin von Al-Shabaka. Zuvor war sie als politische Referentin und Senior-Analystin für Palästina tätig. Yara promovierte in Nahostpolitik an der Universität Exeter, wo sie verschiedene Bachelor-Studiengänge unterrichtete und weiterhin als Forschungsstipendiatin tätig ist. Neben ihrer akademischen Arbeit, die sich auf indigene Studien und mündlich überlieferte Geschichte konzentrierte, ist sie eine gefragte politische Kommentatorin und schreibt für verschiedene Medien, darunter The Guardian, Foreign Policy und Al Jazeera English.

Inès Abdel Razek

Inès Abdel Razek ist Geschäftsführerin des Palestine Institute for Public Diplomacy (PIPD) und dessen digitaler Plattform Rabet, einer unabhängigen palästinensischen Organisation, die sich auf internationale Mobilisierung und digitale Kampagnen für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit konzentriert. Von 2019 bis 2022 war Inès Advocacy Director des PIPD und half dabei, die po-

litischen Netzwerke und die internationale Advocacy-Säule der Organisation aufzubauen. Bevor sie zum PIPD kam, war Inès als Politikberaterin bei der Union für den Mittelmeerraum in Barcelona, beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen in Nairobi und im Büro des palästinensischen Premierministers in Ramallah tätig, wo sie die Führungsspitze in Fragen der internationalen Entwicklungshilfe beriet. Inès ist außerdem Vorstandsmitglied des Sozialunternehmens BuildPalestine, Beiratsmitglied von Palestine DeepDive und Mitglied des politischen Ausschusses von Al-Shabaka, dem palästinensischen Politiknetzwerk. Sie hat einen Master-Abschluss in Public Affairs von der Sciences-Po in Paris. Twitter: @InesAbdelrazek

Diana Buttu

Diana Buttu ist Rechtsanwältin und war zuvor als Rechtsberaterin des palästinensischen Verhandlungsteams tätig. Sie gehörte zu dem Team, das an der erfolgreichen Klage gegen den Bau der Mauer vor dem Internationalen Gerichtshof mitgewirkt hat. Sie äußert sich regelmäßig zu Palästina in internationalen Nachrichtenmedien wie CNN und BBC, ist politische Analystin für Al Jazeera International und schreibt regelmäßig Beiträge für das Magazin The Middle East. Sie unterhält eine Anwaltskanzlei in Palästina, deren Schwerpunkt auf internationalem Menschenrechtsrecht liegt.

1 <https://www.reuters.com/world/middle-east/saudi-arabia-france-seek-support-declaration-two-state-solution-between-israel-2025-07-29/>

2 <https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2025-07-28/secretary-generals-remarks-the-wrap-session-of-the-high-level-international-conference-for-the-peaceful-settlement-of-the-question-of-palestine-and-the-implementation>

3 <https://www.icj-cij.org/index.php/node/103742>

<https://www.icj-cij.org/node/204176>

4 <https://euobserver.com/eu-and-the-world/ar48acfd1a>

5 <https://www.ungeneva.org/en/news-media/news/2024/01/89297/explainer-what-genocide-convention>

6 https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf

7 <https://www.reuters.com/world/middle-east/saudi-arabia-says-there-will-be-no-diplomatic-relations-with-israel-without-an-2024-02-07/>

8 <https://www.cambridge.org/core/journals/american-journal-of-international-law/article/abs/destination-embargo-of-arab-oil-its-legality-under-international-law/14270B505B4D0BDC89A55BACDDD795BC>

9 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2025/may/08/who-killed-shireen-abu-akleh>

Quelle: <https://al-shabaka.org/roundtables/statehood-without-liberation-europes-response-to-genocide/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de